

Stadt Merseburg

Der Oberbürgermeister

Niederschrift **über die 11. Sitzung des Finanzausschusses** **öffentlicher Teil**

Merseburg, 16.12.2025

Die Sitzung fand statt:

Datum:	20.11.2025	Ort:	06217 Merseburg
Beginn:	18:00 Uhr	Straße:	Burgstraße 1
Ende:	20:27 Uhr	Raum:	Plenarsaal

Anwesende Mitglieder:

Marcus Turré	Ausschussvorsitzender	
Rüdiger Abitzsch	Mitglied	
Uwe Arendt	Mitglied	
Dr. Halina Czikowsky	Mitglied	
Lucas Geyer	Mitglied	
Tino Haring	Mitglied	
Manuela Krause	Mitglied	
Dr. Lutz Kuhne	Mitglied	
Peter Lipinski	Mitglied	
Stefan Plack	Mitglied	
Matthias Kreisel	Mitglied	in Vertretung von Seifert, Bernd

Vertreten werden:

Bernd Seifert	Mitglied	wurde vertreten durch Kreisel, Matthias
---------------	----------	--

Als Gäste sind anwesend:

Peter Heuer	
Andreas Zieger	Ortsbürgermeister Trebnitz
Ulrike Findeisen	Geschäftsbereichsleiterin III
Moritz Eichelmann	FDP-Fraktion
Luise Mosig	MZ
Florian Schüler	Amtsleiter Jugend- und Sportamt
Franka Engel	Sachgebietsleiterin
Doreen Sperk-Haueis	Sachgebietsleiterin Jahresabschlüsse
Mandy Neumann	
Thomas Albrecht	Sachbearbeiter Sitzungsdienst
Sebastian Müller-Bahr	Oberbürgermeister
Belay Gatzlaff	Bürgermeister
Siiri Drechsel	Amtsleiterin Straßen- und Grünflächenamt

Tagesordnung

TOP Thema

Öffentliche Sitzung

1. Beginn der Sitzung
- 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung
2. Beratungen in öffentlicher Sitzung
- 2.1 Einwohnerfragestunde
- 2.2 Informationen der Stadtverwaltung
- 2.3 Informationen/Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder
- 2.4 Haushaltssatzung 2026/2027
Fortschreibung und Diskussion
- 2.5 Ermächtigung zum Eingehen von Verpflichtungen zur Durchführung der Schlossfestspiele 2026 vor Erlass der HH_Satzung 2026
BV DS-Nr. 071/BV/25
- 2.6 Entgeltvereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen der Kinderland Merseburg gGmbH 2022-2024
BV DS-Nr. 084/BV/25
- 2.7 Entgeltvereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen der SDA AWO gGmbH 2024
BV DS-Nr. 087/BV/25
- 2.8 Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen
BV DS-Nr. 053/BV/25
- 2.9 Schließung der Sitzung

Protokolltext

TOP 1. Beginn der Sitzung

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Turré eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind derzeit 10 von 11 stimmberechtigten Mitglieder anwesend.

TOP 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Turré fragt, ob es Änderungen zur Tagesordnung gibt. Dies ist nicht der Fall. Er teilt mit, dass es einige Änderungsanträge zur Sitzung als Tischvorlage gab. Herr Turré lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	10
Befangen	0
Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

Herr Turré teilt mit, dass es keine öffentliche Niederschrift zu bestätigen gibt.

TOP 2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

TOP 2.1 Einwohnerfragestunde

Herr Turré eröffnet die Einwohnerfragestunde um 18:03 Uhr und fragt, ob es Fragen seitens der Einwohnerschaft gibt. Dies ist nicht der Fall. Er schließt die Einwohnerfragestunde sogleich um 18:03 Uhr.

TOP 2.2 Information der Stadtverwaltung

Herr Kreisel betritt den Saal und nimmt aktiv an der Sitzung teil. Es sind somit 11 stimmberechtigte Mitglieder des Finanzausschusses anwesend.

Herr Turré fragt, ob es Information der Stadtverwaltung gibt und erteilt Herrn Gatzlaff das Wort.

Herr Gatzlaff informiert darüber, dass die Stelle des Jugendclub Bummi erst einmal geschlossen bleibt, da der verantwortliche Mitarbeiter nicht im Dienst war und die Stadtverwaltung verlässt.

Er sagt, dass der Sportverein Beuna überlegt denselben Vertrag wie das Stadtstadion und Meuschau abzuschließen. Hier ist man derzeit in Verhandlungen und würde den Räten die Beschlussvorlage in der 1. Sitzungsrunde 2026 vorlegen. Er hofft, dass man dies bis dahin schafft.

Er teilt mit, dass man am Mittwoch bei der Schiedsstelle wegen der abgelehnten LEQ-Vereinbarung im Fall Kita „Campuskids“ war. Hier läuft das Schiedsstellenverfahren. Es wird einiges an Dynamik entfalten. Details hierüber gibt es im nichtöffentlichen Teil.

Herr Turré dankt Herrn Gatzlaff und teilt mit, dass Herr Kreisel den Raum betreten hat und man nun vollständig sei.

TOP 2.3 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Turré fragt, ob es Fragen der Ausschussmitglieder gibt und erteilt Frau Krause das Wort.

Frau Krause dankte dem Vorsitzenden und fragt, ob die Generatoren im Wert von 200.000,00 Euro beschafft wurden. Falls dies nicht der Fall ist, möchte sie gerne wissen, was stattdessen mit den 200.000,00 Euro passiert ist.

Herr Turré sagt, dass ein Generator angekommen ist und man sich wegen der Kostenexplosion gegen den anderen entschieden hat. Dieser Generator ist in der Lauchstädter Straße installiert.

Frau Findelsen sagt, dass man ca. 130.000,00 Euro verbaut hat. Der Rest wurde bei der Mittelübertragung 2024/2025 nicht weiter beachtet und wird dementsprechend nicht weiter bewirtschaftet.

Herr Turré sagt noch einmal, dass es zu teuer geworden ist und man sich aus diesem Grund für einen Generator ausgesprochen hat. Man hat derzeit zwei Notstromgeneratoren. Ein Generator befindet sich in der Lauchstädter Straße und einer in der Oeltzschnerstraße.

Frau Findelsen sagt, dass das Notstromaggregat der Feuerwehr verstärkt wurde. Der Generator zuvor ging leider nur 120 Minuten.

Herr Turré sagt, dass man die zwei Stellen hat, um im Katastrophenfall arbeitsfähig zu sein.

Frau Findelsen sagt, dass man so eine arbeitsfähige Verwaltung gewährleisten kann.

Herr Turré sagt, dass man die Anfrage von Frau Dr. Czikowsky beim passenden Tagesordnungspunkt bespricht.

TOP 2.4 Haushaltssatzung 2026/2027 Fortschreibung und Diskussion

Herr Turré sagt, dass man eine Anfrage von Frau Dr. Czikowsky hat. Er hat mit Frau Kirchhoff-Weise gesprochen, dass die aktuelle Abarbeitung der Investitionen als Liste zur Verfügung gestellt wird. Diese Liste liegt den Räten nun vor. Die Gesamtsumme von 10.672.520,56 Euro kann sich noch bis zum 31.12.2025 verringern. Die Liste könnte auch die Frage von Frau Dr. Czikowsky beantworten, ob die Verwaltung im Jahre 2026/2027 in der Lage ist, die geplanten Investitionen überhaupt umzusetzen. Er fragt, ob die Verwaltung hierzu etwas sagen möchte und gibt dem Oberbürgermeister das Wort.

Herr Müller-Bahr dankt dem Vorsitzenden und begrüßt alle Anwesenden im Raum. Er sagt, dass der Vorsitzende es vollkommen richtig eingeführt hat. Es handelt sich um den berühmten „Schneeberg vor dem Schneeflug“, wie es Herr Ebert anhand einer Grafik vor einigen Jahren vorgeführt hat. Man sieht jetzt einen deutlichen Abwärtstrend. Herr Ebert hat auf diesen schon in der letzten Berichterstattung hingewiesen. Es gibt eine Mittelübertragungsliste. Diese liegt heute nicht vor. Die Liste zeigt den aktuellen Abarbeitungsstand. Die Mittelübertragungsliste kommt logischerweise erst am 31.12.2025. Die Liste hat den Stand vom 03.11.2025. Sie wurde am 11.11.2025 diskutiert. Wie man sieht, sind alle I Nummern in Bearbeitung. Eine Korrektur gibt es zur Kita „Rappelschloss“. Hier gab es noch keine Vergabe. Hier ist man noch in

Gesprächen. Die Verwaltung ist deutlich mehr in Abarbeitung als je zuvor. Die Mittelübertragung kann erst ab dem 15.12.2025 beantragt werden. Er sagt, dass die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gegeben ist. Alles was man im Doppelhaushalt angemeldet hat, wird man auch schaffen. Das „Start Chancen Programm“ wird sich über einen längeren Zeitraum hinziehen. Es handelt sich hier um umfangreiche Projekte.

Herr Turré sagt, dass die Anfrage von Frau Dr. Czikowsky jetzt maßgebend beantwortet wurde. Er sagt, dass er das Sondervermögen prioritär für die Schwimmhalle einsetzen würde. So gerät man nicht in Gefahr, dass die Finanzierung wegbricht. Die anderen Maßnahmen würde er dann lieber nach hinten schieben. Er ist diese Woche die Leunaer Straße lang gefahren und kann nicht erkennen, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Straße gefährdet ist, wenn diese nicht saniert wird. Strategisch ist die Sanierung sinnvoll. Es geht aber keine Gefahr von dieser aus. Falls die „Sportmilliarde“ für die Schwimmhalle nicht kommen sollte, wäre er dafür, dass man sich den Haushalt noch einmal vornimmt. Er sieht den Ansatz der Prioritäten richtig. Er findet aber, dass man mehr Prioritäten bei den Projekten braucht.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass sie den Antrag aus der Erfahrung heraus gemacht hat. Es gab verschiedene Dinge die nicht gemacht werden konnten. Aus diesem Grund erfolgte ihre Nachfrage. Es wurden bestimmte Dinge nicht geschafft, weil die Stadt die Ressourcen dafür nicht hatte. Sie erinnert an den Grünen Markt. Es geht um die Frage, ob die Stadt die personellen und materiellen Ressourcen hat, um die Aufgaben die hier stehen zu schaffen. Man muss auch bedenken, dass schon Fördergelder beantragt wurden, die man dann nicht umsetzen konnte. Hierfür musste man dann Strafzinsen bezahlen. Dies war nicht wenig. Die Strafzinsen gehen dann wieder vom Haushalt der Stadt ab.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man nicht wissen kann, ob Kollegen ausfallen werden. Man kann nur den idealen Zustand beurteilen. Der Grüne Markt ist nicht weggefallen, weil das Personal nicht mehr zur Verfügung stand, sondern weil die Sanierungsausgleichsbeiträge nicht mehr da waren und nicht ausreichten. Die Oberaltenburg wurde teurer. Aus diesem Grund hat man den Grünen Markt gestrichen. Was die Fördermittel betrifft, kann man nicht genau sagen, wann diese ausgezahlt werden. Was das Thema Fördermittel angeht, kann er zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten. Diese Fragestellung kann man erst beantworten, wenn der Moment da ist.

Herr Turré sagt, dass der Doppelhaushalt idealerweise 24 Monate geht. Wenn man ehrlich ist, wird man aber eine vorläufige Haushaltsführung über x Monate haben, da man derzeit noch keinen Jahresabschluss 2024 hat. Man hat also nicht 24 Monate Zeit für die Umsetzung, sondern x weniger. Man provoziert aber damit die nächste Ermächtigungsgrundlage am 31.12.2027. Es wird dann klar, dass das was in 24 Monaten geplant war, in x Monaten gar nicht umzusetzen ist. Der Haushalt ist voll mit sinnvollen Projekten. Es kann aber sein, dass nicht alle in 2026/2027 umgesetzt werden können, sondern das man schieben muss. Er fragt, ob Frau Dr. Czikowsky Antrag um Punkt 1 ausreichend beantwortet wurde.

Frau Dr. Czikowsky bejaht dies.

Herr Turré sagt, dass man sich nun um die Änderungen von Frau Dr. Czikowsky und der AfD-Fraktion kümmern sollte. Frau Dr. Czikowsky möchte Autos von der Investitionsliste streichen. Aus dem Antrag geht aber die Investitionsnummer nicht hervor.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es sich wahrscheinlich um das Auto für die IT- Abteilung und die Vollstreckung handelt.

Herr Turré sagt, dass man mit dem Änderungsantrag von Frau Dr. Czikowsky anfängt. Es wird beantragt die beiden Autos für das Amt 10 und Amt 20 aus der Investitionsliste zu streichen.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass man einen Fahrzeugpool anschaffen könnte, aus dem die Mitarbeiter die Autos benutzen könnte. Darüber hinaus verursacht jedes weitere Auto Folgekosten.

Herr Turré fragt nach, ob die Verwaltung die Notwendigkeit der Anschaffung begründen möchte.

Frau Drechsel sagt, dass das Auto für die IT-Abteilung benötigt wird, da diese 35 Einrichtungen betreut. Das Auto wäre nicht nur eine Stunde am Tag weg, sondern ganztägig. Bisher gibt es nur ein Auto, welches sich die IT-Abteilung mit der Poststelle teilt. Die Poststelle kann aber bei ganztägigen Fahrten der IT-Abteilung die Post nicht ausfahren, was wiederum unnötige Fahrwege zur Folge hat. Das hat zur Folge, dass es derzeit unwirtschaftlich ist und die Mitarbeiter ihren Arbeitsalltag nicht gut bewältigen können. Die Vollstreckung fährt derzeit mit ihren privaten Fahrzeugen. Dies ist aus ihrer Sicht die schlimmste Variante. Man hat einen Fahrzeugpool. Das Amt 60 hat einen Pool von zwei Fahrzeugen. Dieser Pool wird regelmäßig genutzt. Der Pool ist aber nicht ausreichend, um alle Mitarbeiter zu versorgen. Die IT-Abteilung muss regelmäßig Materialien, wie beispielsweise Monitore fahren. Die Anmeldung ist aus Sicht des Amt 60 vollkommen gerechtfertigt.

Herr Kreisel sagt, dass man eventuell gemeinsam zu einer Lösung kommt. Die einzelnen Begründungen sind immer nachvollziehbar. Für die Stadträte wird es aber irgendwann unübersichtlich, was die Anmeldung von Fahrzeugen angeht. Es gibt derzeit keine Übersicht von den Fahrzeugen der Stadtverwaltung. Er wünscht sich eine Liste aller Fahrzeuge der Stadtverwaltung. Er schlägt vor einen Sperrvermerk für die beiden Fahrzeuge anzulegen.

Herr Turré sagt, dass es nicht zwingend Elektrofahrzeuge sein sollen. Es muss nur jedes dritte Fahrzeug ein Elektrofahrzeug sein. Aus diesem Grund auch die Mittel für die Ladesäulen. Der ökologische Fußabdruck der Verwaltung ist noch einmal gesondert zu betrachten. Die Mitarbeiter von den Geschäftsbereichen nehmen hauptsächlich ihr Privatfahrzeug. Dies soll aber nicht die Regel sein.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es eine Liste der Fahrzeuge gibt. Die Liste wird zur Verfügung gestellt. Es gibt 5 Fahrzeugpools. Eine Mitarbeiterin befindet sich in einer Bedrohungslage, sodass sie ihr Privatfahrzeug nicht benutzen darf. Die Kilometer werden über das Fahrtenbuch abgerechnet. Die IT-Abteilung ist den ganzen Tag unterwegs und benötigt aus diesem Grund das Fahrzeug. Die Vollstreckung benötigt aus sicherheitsrelevanten Gründen das Fahrzeug.

Herr Kreisel sagt, dass auch das nachvollziehbar ist. Er fragt, wieso man bei den Fahrzeugen keine Dauermiete abschließt.

Frau Findeisen sagt, dass Leasing teurer ist.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man nur die günstigste Variante nehmen darf. Der Erwerb des Fahrzeuges günstiger ist als es zu leasen.

Herr Turré sagt, dass man die zwei Fahrzeuge auf den 11.12.2025 zur Wiedervorlage legt. Er fragt, ob dies in Ordnung ist. Dies ist der Fall. Er sagt, dass es nun mit dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion weitergeht. Er würde jeden Punkt Stück für Stück durchgehen. Er sagt, dass man mit der Rückprojektionsleinwand anfängt und gibt Herrn Arendt das Wort.

Herr Arendt sagt, dass man eine Rückprojektionsleinwand hat und daher nicht notwendig ist.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man die Liste von der AfD-Fraktion leider erst heute Abend bekommen hat und die Fachperson nicht anwesend ist. Er sagt, dass entweder Herr Gatzlaff etwas dazu sagen kann oder man würde es auf den 11.12.2025 verschieben.

Herr Turré sagt, dass es mit auf die Liste kommt und der Punkt als Wiedervorlage am 11.12.2025 besprochen wird.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Punkte „Austausch alter Notebooks für Schulen“, „Verwaltung: PC-Rollout“ und „IT Ausstattung GS Curie“ schon als Wiedervorlage auf den 11.12.2025 gesetzt sind.

Herr Arendt sagt, dass er gerne zum Punkt „IT-Ausstattung Curie Schule“ etwas sagen möchte. Er sagt, dass es sich in der Schule um ABC-Schützen handelt. Grundschüler benötigen keine Laptops. Es reicht aus, wenn eine Grundschule einen Beamer hat. 225.000,00 Euro für eine Grundschule, die die Geräte eigentlich nicht benötigt, sind zu viel, um den Kindern die Grundlagen beizubringen. Aus diesem Grund möchte man es auf 100.000,00 Euro herabsetzen.

Herr Eichelmann sagt, dass man über die IT-Ausstattung für Schulen schon in der letzten Woche gesprochen hat. Man hat auch schon im Fachausschuss darüber debattiert, ob dies notwendig ist. Er sagt, dass man immer wieder über die Streichung von IT an den Schulen sprechen kann. Dies kann man sich seiner Meinung nach aber sparen, weil es im Rat dazu eine grundsätzliche Position gibt.

Herr Arendt sagt, dass er um Entschuldigung bittet. Er kann den Standpunkt der AfD-Fraktion aber immer darlegen dürfen.

Herr Turré sagt, dass es sich um ein Themenkomplex handelt. Die Verwaltung hat die Möglichkeit es am 11.12.2025 noch einmal vorzustellen. Er fände es sinnvoll, wenn man erklärt, wieso es so teuer ist. Es waren nach seiner Meinung, mehr als nur Laptops.

Herr Gatzlaff sagt, dass es sich um Whiteboards für die Curie Schule handelt. Es soll jedes Klassenzimmer damit ausgestattet werden. Der Klassensatz für die Notebooks ist mit 145.000,00 Euro kalkuliert. Man muss sich dem stellen. Lehrer könnten sagen, dass sie an eine andere Schule gehen, weil dort die Ausstattung besser ist. Es ist die Entscheidung der Stadträte, wie die Schule ausgestattet wird. Es ist aber wichtig mit dem Fortschritt mitzugehen. Ziel ist eine einheitliche Ausstattung für die Schule.

Herr Arendt sagt, dass beim Punkt „2 weitere Lizenzen Baum, Grün und Spielplatz incl. 2 Tablets“ eine Lizenz ausreicht, um die Aufgaben vor Ort zu machen. Es gibt ansonsten immer noch die Möglichkeit, die Aufgaben im Büro durchzuführen.

Frau Findelsen sagt, dass sich zwei Mitarbeiter ein Tablet teilen. Dafür benötigt man Lizenzen. Diese sind notwendig, damit man die Feststellungen bei der Baumprüfung sofort ins System eintragen kann. Man muss effizient arbeiten. Es soll nicht dazukommen, dass der Mitarbeiter die Informationen noch einmal im Büro einträgt. Ähnlich sieht es bei der Spielplatzprüfung aus.

Herr Arendt sagt, dass man grundsätzlich sagt, dass man drastisch sparen soll. Wenn man nun Schulden macht, wird man die jetzigen Probleme nach hinten schieben. Unser Ziel muss es sein, die Schulden so gering wie nur möglich zu halten. Es sind Sachen nötig aber es sind auch Sachen nicht nötig. Man gönnt sich zu viel Luxus. Bei den Geschwindigkeitsanzeigen gibt es keine Statistik die beweist, dass diese „Dinger“ irgendetwas bringen. Er fragt Frau Findelsen, ob sie eine Statistik zur Nützlichkeit der Geschwindigkeitsanzeigen hat.

Herr Turré sagt, dass er erst einen Punkt besprechen möchte, bevor er zu dem anderen Punkt kommt. Er fasst die Begründung der Verwaltung zusammen und möchte über die Lizenzen gerne abstimmen lassen.

Herr Arendt fragt, ob er das Mikrofon mit an den Platz nehmen darf, da er Probleme beim Stehen hat.

Herr Turré bejaht dies und sagt, dass das Mikrofon portabel ist.

Frau Krause fragt, wie die Arbeit der Mitarbeiter bis jetzt gehandhabt wurde.

Frau Findeisen sagt, dass das Programm derzeit nicht digital befüllt werden kann. Man möchte, dass der Mitarbeiter dies mit dem Tablet vor Ort machen kann, sodass er den aktuellen Zustand des Baumes digital einträgt. Man hat derzeit ca. 27.000 Bäume in der Stadt. Der Baumprüfer kann so derzeit nicht effektiv arbeiten. Aus diesem Grund benötigt man die Lizenzen.

Frau Krause versteht Frau Findeisen. Sie sagt, dass man mit einem fetten Minus aus dem Haushalt geht. Wenn man mit einem Plus herausgehen würde, wäre es für sie kein Problem.

Herr Turré lässt über die Lizenzen mit der I-Nummer I-102631 und die Reduzierung von 23.000,00 Euro um 11.000,00 Euro auf 12.000,00 Euro abstimmen.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	7
Stimmenthaltungen:	0

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Turré fragt, ob man in der Lage ist, zu den Geschwindigkeitsanzeigen etwas zu sagen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man keine Statistik nachweisen kann. Er sagt, wenn der Zählautomat dasteht, die Autofahrer schon allein dessen langsamer fahren. Das Hauptargument ist aber der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger. Diese wünschen sich Geschwindigkeitsanzeigen. Dieser Bürgerwunsch wurde mehrfach geäußert.

Herr Turré lässt über die Geschwindigkeitsanzeigen und deren Streichung aus dem Investitionsplan abstimmen.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	7
Stimmenthaltungen:	0

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Turré sagt, dass es nun mit dem PKW für das Amt 50 weitergeht.

Herr Arendt sagt, dass die 40.000,00 Euro zu teuer sind. Es gibt deutlich billigere Autos. Man möchte einen PKW für das Jahr 2026 in Höhe von 30.000,00 Euro und den PKW für 2027, möchte man ersatzlos streichen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man den genauen Typ des jetzigen Autos noch einmal nachreichen würde. Er ist aber der Meinung, dass es beides umgangssprachlich Hundefänger waren. Wenn zwei Autos auslaufen und nur ein Auto als Ersatz kommen würde, bedeutet dies, dass man ein Auto weniger hätte.

Herr Kreisel fragt, ob es 40.000,00 Euro für ein Auto sind oder für zwei Autos.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es 40.000,00 Euro pro Auto sind.

Herr Kreisel sagt, dass es tatsächlich ein bisschen teuer ist. Man könnte es auch günstiger bekommen.

Herr Turré sagt, dass dies am 11.12.2025 noch einmal besprochen wird. Es geht nun weiter mit dem „Kleinbus mobiles Büro“.

Frau Schulenberg sagt, dass es sich um das Präventionsfahrzeug handelt. Das Fahrzeug ist dafür da bei Schadenslagen vor Ort zu arbeiten. Man soll in dem Fahrzeug arbeiten können. Dies bedeutet, dass man in einer Gefahrenlage vor Ort arbeitsfähig ist. In einem sehr begrenzten aber erforderlichen Rahmen.

Herr Arendt spricht die Zuständigkeit an. Wenn es brennt ist die Feuerwehr mit einem großen Einsatzwagen vor Ort, in dem sich Schreibtische und Computer befinden. Die Polizei hat etwas ähnliches. Die Stadt ist nur sekundär zuständig. Handys kann man in jedem PKW laden. Man redet hier von einem riesigen Posten mit 90.000,00 Euro.

Frau Schulenberg sagt, dass das Problem ist, dass die Feuerwehr und die Polizei ihr Fahrzeug selbst benötigt. Da können wir nicht mit unseren Handys kommen. Wir sind in einer Gefahrensituation dafür verantwortlich, dass die Leute irgendwo unterkommen. Wir sind eine Ordnungs- und Sicherheitsbehörde. Wir haben eigene Aufgaben, die nicht von der Feuerwehr und Polizei bedient werden. Das Fahrzeug soll für Präventionseinsätze und für Gefahrenlagen eingesetzt werden. Das Fahrzeug soll nicht nur schön herumstehen, sondern für den täglichen Einsatz eingesetzt werden.

Herr Arendt sagt, dass man einen Haufen Fahrzeuge anschafft. Er findet, dass 100.000,00 Euro für einen Kleinbus völlig überzogen sind.

Frau Schulenberg sagt, dass dort auch die erforderlichen Einbauten mit einberechnet sind. Es läuft unter Spezialfahrzeug.

Frau Krause fragt, wie viele Kostenvoranschläge es braucht.

Frau Schulenberg sagt, dass man zwei bis drei Kostenvoranschläge bringen muss. Es soll das wirtschaftlichste Angebot gefunden werden.

Frau Krause fragt, ob die Kostenvoranschläge vorliegen.

Frau Schulenberg bejaht dies.

Frau Krause sagt, dass sie die Kostenvoranschläge gerne sehen möchte.

Herr Arendt sagt, dass das Fahrzeug nicht notwendig ist. Man ist in den beschriebenen Gefahrenlagen nicht zuständig.

Frau Schulenberg fragt, ob Herr Arendt das SOG LSA kennt.

Herr Arendt bejaht dies und weiß auch was gefordert ist. Es ist definitiv kein Kleinbus gefordert. Er sieht den Punkt als völlig unnötig an.

Frau Findeisen möchte auf den § 2 SOG LSA hinweisen. Es ist so, dass die Stadt die allgemeine Sicherheitsbehörde ist. Die Polizei ist für ihre Aufgaben zuständig. Sie ist für den Fall, dass die Stadt nicht einsatzfähig ist, sekundär zuständig. So steht es eindeutig im Gesetz. Es

geht darum, dass man mit dem mobilen Büro in die Problembereiche fährt und vor Ort einsatzfähig ist. Man wird die Kostenvoranschläge vorlegen.

Herr Turré sagt, dass man den Punkt „Kleinbus mobiles Büro“ zu den Wiedervorlagen mit Kostenvoranschlägen am 11.12.2025 legt. Er sagt, dass man nun zu dem Punkt „E-Ladeinfrastruktur“ kommt.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man das Thema schon bei der Bereinigungssitzung hatte. Es geht um die gesetzliche Vorgabe. Ein Drittel aller Fahrzeuge müssen E-Autos sein. Man hat derzeit keine einzige Ladesäule und ist verpflichtet welche zu haben.

Herr Arendt sagt, dass dieser Antrag zurückgezogen wird.

Herr Gatzlaff präzisiert und sagt, dass das Ganze im „Saubere Fahrzeuge Beschaffungsgesetz“ steht. Es müssen 38,5 Prozent aller Fahrzeuge E-Autos sein.

Herr Turré sagt, dass man nun zum Punkt „Gotthardtstraße Umbau“ kommt.

Herr Arendt sagt, dass man historisch gesehen gegen jeden Umbau in der Gotthardtstraße ist.

Herr Turré sagt, dass man sich jetzt den Punkt „Kontaktkaffee Möbel“ anschaut.

Herr Schüler sagt, dass die derzeitigen Schreibtische 20 Jahre alt sind und man an diesen nicht einmal die Füße verstellen kann. Aus diesem Grund sollen die beiden Ersatzschreibtische angeschafft werden.

Herr Arendt sagt, dass man den Antrag hier zurückzieht.

Herr Turré sagt, dass man jetzt zum Punkt „Licht und Bühnenequipment Ständehaus“ kommt. Diesen Punkt hatte man letzts schon diskutiert.

Herr Gatzlaff sagt, dass man den Punkt am 11.12.2025 noch einmal insgesamt vorstellt.

Herr Turré bestätigt dies und sagt, dass man den Punkt am 11.12.2025 noch einmal bespricht. Er sagt, dass man jetzt den Punkt „Grünarbeiter 2“ bespricht.

Herr Arendt sagt, dass die Stellen nicht notwendig sind. Die Arbeiten können unter Anleitung Bürgergeldempfänger durchführen.

Frau Drechsel sagt, dass dies auf Bundesebene entschieden werden muss. Es gab diesbezüglich schon eine Reduzierung. Es waren vier Grünarbeiter angemeldet. Daraus wurden jetzt zwei. Aus ihrer Sicht stehen diese dem Amt 60 zwingend für die anfallenden Arbeiten zu. Alles andere muss auf Bundesebene entschieden werden.

Frau Krause fragt, ob es nicht eine Maßnahme wäre, Arbeitsgelegenheiten für Migranten zu schaffen. Wenn sie es richtig in Erinnerung hat, ist die CDU-Fraktion auch dafür.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man sich hierfür beim Landkreis angemeldet hat. Man hat angeboten im Bereich Grün Plätze zu schaffen. Man hat 12 Plätze für den dritten Arbeitsmarkt reserviert. Diese können jederzeit belegt werden. Es entstehen trotzdem Sachkosten pro Mitarbeiter. Dies ist im Haushalt hinterlegt. Sobald man grünes Licht vom Träger erhält, wird man diese auch einsetzen. Momentan gibt es keine Person die bei der Stadt ankommt und arbeitet. Die zwei Grünarbeiter sind Fachpersonen und erhalten die EG 5 TVöD. Der Personenkreis aus dem dritten Arbeitsmarkt würde mit diesen mitlaufen. Die Grünarbeiter sind die Vorarbeiter. Er gibt Frau Krause und Herrn Arendt aber grundsätzlich recht. Herr Heimbach hat erzählt, dass es früher schön war als man noch um die dreißig 1,00 Euro Jobber hatte. Da konnte man

Merseburg noch in Schuss halten. Die Stellen stehen immer noch zur Verfügung. Man hat aber die Leute nicht. Um die geht es aber hier exemplarisch nicht, sondern um die zwei Grünarbeiter.

Herr Turré fragt, ob es weitere Wortmeldungen zu dem Antrag gibt. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	7
Stimmenthaltungen:	0

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Turré sagt, dass es jetzt mit dem Punkt „VOIS Travis“ weitergeht und fragt, ob die Verwaltung hierzu etwas sagen kann.

Frau Schulenberg sagt, dass es ihre Aufgabe ist, die Arbeitsfähigkeit des EWO sicherzustellen. Sie stellt sich gerade vor, dass man ohne Terminvergabe arbeitet. Sie würde dann anfangen die Bürger ab 16:00/17:00 Uhr wegzuschicken, damit die Mitarbeiter um 18:30 Uhr Feierabend machen können. Die Alternative wäre, dass sie Mehrarbeit anordnet. Es gehört einfach zu einer modernen Verwaltung, dass der Bürger online einen Termin buchen kann. So kann man als Verwaltung die Besucherströme steuern. Man braucht dies, um eine arbeitsfähige Verwaltung modern führen zu können.

Herr Arendt sagt, dass er hier „krass“ widersprechen muss. Man hatte es bis Corona nicht nötig, online einen Termin zu vereinbaren. Es konnte jeder Bürger kommen und seine Anliegen vorbringen. Bei Corona hat man sich angewöhnt, dass man es sich gemütlich macht und Termine online vereinbart. Corona ist jetzt vorbei und aus gesundheitlichen Gründen, gibt es keinen einzigen Grund die Arbeiten nur mit Termin durchzuführen. Wenn ein Bürger einen Termin möchte, dann kann er das machen. Man ist aber total dagegen allen Bürgern die Termine aufzuzwingen. Aus diesem Grund ist man der Meinung das „VOIS Travis“ überflüssig und zu streichen ist.

Frau Schulenberg sagt, dass die Möglichkeit besteht, kurze Anliegen ohne Termin zu bearbeiten. Für die längeren Anliegen benötigt man einen Termin. Dies kann Herr Arendt auf der Homepage nachlesen.

Herr Arendt sagt, dass auch die längeren Anliegen ohne Termin möglich sein sollten.

Herr Kreisel sagt, dass eine moderne Verwaltung sinnvoll ist. Wenn die momentane Technik dafür nicht ausreicht, dann muss man diese erneuern. Er wünscht sich aber auch, dass man ohne Termine Anliegen bearbeiten kann. Eine Online Terminbuchung ist aber für die Organisation der Termine zwingend notwendig und sollte man ermöglichen.

Herr Turré lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	7
Stimmenthaltungen:	0

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Turré sagt, dass man bei dem letzten Punkt „SB Kritische Infrastruktur“ eine Diskrepanz zwischen dem Ordnungsausschuss und dem Finanzausschuss hat. Der Ordnungsausschuss ist für die Stelle und der Finanzausschuss ist gegen die Stelle. Er schlägt vor die Stelle SB Kritische Infrastruktur und SB Veranstaltungsmanagement zu fusionieren, sodass nur noch eine Stelle im Stellenmehrbedarfsplan 2026/2027 verbleibt. Der Rat stimmt dem zu. Er lässt über die Änderung abstimmen.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	1

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Arendt sagt, dass man Sparvorschläge von über 1.000.000,00 Euro eingebracht hat. Er regt an, dass man bei dem derzeitigen Haushalt den Sparwillen überdenken sollte.

Herr Turré sagt, dass man zu den Wiedervorlagen am 11.12.2025 mehr hört und fragt, ob es etwas aus den Ortschaftsräten gibt.

Herr Zieger sagt, dass man es positiv sieht, dass das Dach gemacht wird. Die Bepflanzung von Bäumen wird positiv aufgefasst.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass man im Bildungsausschuss nicht glücklich darüber war, dass man den Haushalt nicht besprochen hat.

Herr Turré sagt, dass nur einer nicht glücklich war.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass sie darum gebeten wurde, über das Licht und Bühnen Equipment zu sprechen. Es soll kein starres System hinkommen, sondern ein flexibles System. Es wurde beim letzten Ausschuss gestrichen.

Herr Turré sagt, dass man den Punkt noch einmal am 11.12.2025 bespricht. Obwohl schon damals die Portabilität Thema war. Herr Arendt hat damals den Aufwand in Frage gestellt.

Herr Kreisel sagt, dass dies nicht richtig ist. Das letzte mal wurde gesagt, dass es fest installiert ist. Er hatte dies bei der letzten Sitzung nachgefragt. Wenn jetzt aber gesagt wird, dass man nur flexible Lampen für ca. 8.000,00 Euro braucht, dann fragt er sich, wieso man dann ein festinstalliertes System für 10.000,00 Euro stehen hat.

Herr Eichmann sagt, dass Herr Wolter damals schon gesagt hat, dass die Flexibilität möglich ist. Man hat damals über die Installation an der Decke gesprochen. Man könnte hier die Deckenvorrichtung abnehmen. Dies wäre aber unpraktikabel. Aus diesem Grund hat man sich für das feste System entschieden. Er fragt, ob es ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE war.

Herr Turré sagt, dass es jeden frei steht Änderungen zu beantragen.

TOP 2.5 Ermächtigung zum Eingehen von Verpflichtungen zur Durchführung der Schlossfestspiele 2026 vor Erlass der HH Satzung 2026
BV DS-Nr. 071/BV/25

Herr Turré gibt Herrn Gatzlaff das Wort.

Herr Gatzlaff sagt, dass er grundsätzlich die Wahrnehmung hat, dass die Mehrheit des Stadtrates für die Ausrichtung der Schlossfestspiele ist. Je früher man mit den Verpflichtungen anfängt, desto eher kann man mit akzeptablen Preisen rechnen. Die Diskussion zu den Schlossfestspielen hat man lange und ausgiebig geführt. Er freut sich ausdrücklich über großen Rückenwind und bittet herzlichst um die Zustimmung des Rates.

Herr Turré sagt, dass man die Abendkasse teurer macht, um die Leute dazu zu drängen, die Tickets im Vorverkauf zu erwerben. Dies konnte man an der Präsentation von Herrn Wolter sehr gut sehen.

Herr Gatzlaff sagt, dass dies stimmt und der Preis bei der Präsentation so bleibt.

Herr Turré fragt, ob es noch Wortmeldungen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Die Beschlussfassung wird einstimmig empfohlen.

TOP 2.6 Entgeltvereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen der Kinderland Merseburg gGmbH 2022-2024
BV DS-Nr. 084/BV/25

Herr Turré fragt, ob es Wortmeldungen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	5

Die Beschlussfassung wird einstimmig empfohlen.

TOP 2.7 Entgeltvereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen der SDA AWO gGmbH 2024
BV DS-Nr. 087/BV/25

Herr Turré fragt, ob es Wortmeldungen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	5

Die Beschlussfassung wird einstimmig empfohlen.

TOP 2.8 Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen
BV DS-Nr. 053/BV/25

Herr Turré sagt, dass man den ursprünglichen Antrag der Verwaltung, den Änderungsantrag der Fraktion SPD / Bündnis Die Grünen und einen Änderungsantrag in Form des Beiblattes I der Verwaltung hat. Der Bildungsausschuss am Montag hat ganz knapp gegen den Änderungsantrag der Fraktion SPD / Bündnis Die Grünen gestimmt. Der Bildungsausschuss hat die Verwaltung damit beauftragt bis zum 04.12.2025 eine Vorlage zu erarbeiten. Am heutigen Tag liegt diese als Tischvorlage vor.

Herr Müller-Bahr sagt, dass am Montag im Bildungsausschuss leider kein Kompromiss gefunden wurde. Man hat jetzt eine neue Vorlage in Form des Beiblattes I erarbeitet. Er stellt die Vorlage vor und verliest diese:

1. Der Stadtrat spricht sich grundsätzlich für eine schrittweise Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Merseburg aus. Davon ausgenommen sind Kindertageseinrichtungen freier Träger, bei denen der Stadt weder Grundstück noch Gebäude gehört. Ausgenommen sind auch Kindertageseinrichtungen freier Träger, die nur eine Einrichtung betreiben und die für die Stadtentwicklung bedeutsam sind, wie z.B. „Spatzennest“ und „Rappelschloss“.
2. Zur Sicherstellung einer geordneten Übergangsphase werden die bestehenden Leihverträge zu Kindergärten und Kinderkrippe mit den Trägern Kinderland Merseburg gGmbH und SDA AWO gGmbH jeweils um zwei Jahre verlängert.
3. Zur Verbesserung der Transparenz und der Platzvergabe wird die Stadtverwaltung beauftragt, bis spätestens August 2026 ein digitales Kita-Portal zur zentralen Anmeldung und Verwaltung von Betreuungsplätzen einzuführen. Im Haushaltsentwurf 2026/27 sind hierfür Mittel in Höhe von 50.000,00 € veranschlagt.
4. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Horte in städtische Trägerschaft zum 31.12.2028 zu übernehmen.
5. Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis zum 31.12.2029 die bis dahin gesammelten Erfahrungen mit der Rekommunalisierung zu evaluieren und dem Stadtrat einen umfassenden Erfahrungsbericht vorzulegen, damit dann der Stadtrat die weitere strategische Ausrichtung entscheiden kann.
6. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt die notwendigen Schritte einzuleiten.

Herr Arendt sagt, dass man die Horte nicht mit heraushaben möchte. Zudem möchte man, dass die Rekommunalisierung in zwei Jahren stattfindet und nicht zwei Jahre nach 2028. Man möchte jetzt 4 Jahre Zeit haben, nur um zu evaluieren. Der genannte Zeitraum ist eindeutig zu lang und ihm zu spät. Die Einschränkung der Horte bis 2028 findet er auch nicht richtig.

Herr Geyer sagt, dass die Verträge bis 2030 gehen. Dies erschließt sich ihm aber nicht, da die Erkenntnisse schon 2029 gewonnen werden. Es macht jetzt Sinn, die Verträge um drei bzw. zwei Jahre zu verlängern.

Herr Eichelmann sagt, wenn man bei dem Datum 31.12.2029 bleibt, man die Entscheidung dem neuen Stadtrat mit auf dem Weg gibt. Dies ist eine Entscheidung die man treffen muss. Man sollte sich dessen auch bewusst sein. Er fragt, ob das Kitaportal im Investitionshaushalt steht. Er fragt nach, da das Kitaportal im Teilplan 10 mit 5.000,00 Euro steht.

Herr Schüler sagt, dass man gerade das Lastenheft erstellt. Im Lastenheft kann man zu dem Ergebnis kommen, das man eine Standardsoftware nimmt, welche man einmal beschafft. Dies würde man dann im Investitionshaushalt abbilden. Es kann aber auch sein, dass man jährliche Kosten hat. Aus diesem Grund sind 50.000,00 Euro im Ergebnishaushalt und 5.000,00 Euro im Investitionshaushalt abgebildet.

Herr Eichelmann dankt Herrn Schüler. Er gibt Herrn Geyer recht, dass zwei Jahre recht sportlich sind.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass sie mit manchen Punkten nicht einverstanden ist. Sie sagt, dass zwei Jahre ausreichen und man die Verträge nicht um zwei weitere Jahre verlängern sollte. Sie versteht nicht, wieso man die Horte aus den Kindereinrichtungen herausnimmt und diese jetzt rekommunalisiert. Dies sollte noch einmal erklärt werden.

Herr Haring sagt, dass es sich wie am Montag im Bildungsausschuss entwickelt und man das Gefühl hat man sei auf dem türkischen Basar. Es gab am Montag nach zwei Stunden die Situation, dass keiner mehr wirklich wusste, was er jetzt eigentlich sagen sollte. Man ist überall dagegen, hat aber selbst keine Ideen der Umsetzung. Man ist sich in dem Punkt einig, dass man der originalen Beschlussvorlage nicht zustimmen kann. Die SPD-Fraktion hat einen Änderungsantrag eingereicht. Dieser wurde mit einer ganz knappen Mehrheit im BSKT abgelehnt. Er findet den zweiten Beschlussvorschlag der Verwaltung durchaus als Mehrheitsfähig. Wer jetzt immer noch nicht zufrieden ist, soll bitte einen konkreten Antrag formulieren, wie ein Beschluss lauten könnte. Man dreht sich hier im Kreis. Wenn Herr Eichelmann jetzt den Antrag stellt, dass man es auf das nächste Jahr verschiebt, kann man dies gerne die nächsten Jahre auch so machen. Man wird sich so aber nicht einig. Wer mit einem Beschlussvorschlag nicht zufrieden ist, soll bitte einen Gegenvorschlag hervorbringen.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass sie für den ersten Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung ist.

Frau Krause sagt, dass man dem Vorschlag prinzipiell mittragen kann. Man möchte gerne einen mehrheitsfähigen Beschluss. Man kann aber definitiv nicht mit der zwei jährigen Verlängerung mitgehen. Herr Arendt hatte dies vorhin falsch verstanden. Er dachte, ab jetzt zwei Jahre.

Herr Turré sagt, dass man aktuell von den Horten Rosental, Albrecht Dürer, Geiseltal und Freizeitstrolche spricht. Diese werden vom Kinderland betreut. Er sagt, dass man auch noch über den Hort Liliental redet. Der wird von der AWO betreut. Dies wurde sprachlich nicht genau von der Verwaltung benannt. Hier gibt es Verbesserungspotential. Das andere ist die Zeitachse, die die Verwaltung vorgeschlagen hat.

Herr Eichelmann fragt nach, was mit den Kindertageseinrichtungen nach der Rekommunalisierung passiert.

Herr Gatzlaff sagt, dass diese in ein und dasselbe Amt kommen. Es handelt sich somit um eine Organisationseinheit.

Herr Eichelmann fragt, welche Träger es wären, bei den Punkte 1 zu treffen würde.

Herr Gatzlaff sagt, dass es sich beispielsweise um die Lebenshilfe handelt.

Herr Eichelmann fragt, was mit dem Personal ist. Dies ist derzeit nicht im Doppelhaushalt hinterlegt.

Herr Gatzlaff sagt, dass er dazu wissen müsste, in welchem Umfang das ganze stattfindet.

Herr Eichelmann sagt, dass dies aus der Beschlussvorlage nicht hervorgeht. Die Beschlussvorlage ist im Punkt Personal noch nicht ganz ausgereift.

Herr Gatzlaff sagt, dass die Stadtverwaltung das Thema vor einem Jahr dem Rat vorgelegt hat. Der Rat wollte dies so. Wieviel Personal man benötigt, kriegt man erst raus, wenn man eine Tendenz für einen mehrheitsfähigen Beschluss hat. Dies hatte man bis jetzt nicht. Bei drei Horden benötigt man beispielsweise nicht so viel Personal. Er weiß bis jetzt noch nicht, wohin die Reise geht.

Herr Eichelmann sagt, dass die Frage mit dem Personal nicht geklärt ist.

Herr Gatzlaff schlägt vor, dass man prophylaktisch fünf Stellen beantragen könnte und diese mit einem Sperrvermerk versieht. Nach dem es einen Beschluss gibt, werden dann nur die Stellen besetzt, die auch tatsächlich benötigt werden.

Herr Eichelmann sagt, dass er dazu derzeit noch keine Meinung hat. Er verliert seinen Änderungsantrag. Er möchte bei Punkt 1 folgende Änderung vornehmen:

Der Stadtrat spricht sich grundsätzlich für die Steigerung/Änderungen im Bereich der Transparenz von Kosten und Leistungen im Produkt Kindertageseinrichtungen aus, ein Instrument kann die Rekommunalisierung einzelner Einrichtungen sein. Davon ausgenommen sind Kindertageseinrichtungen freier Träger, bei denen der Stadt weder Grundstück noch Gebäude gehört. Ausgenommen sind auch Kindertageseinrichtungen freier Träger, die nur eine Einrichtung betreiben und die für die Stadtentwicklung bedeutsam sind, wie z.B. „Spatzennest“ und „Rappelschloss“.

Herr Arendt sagt, dass der Vorschlag nicht schlecht ist. Er möchte gerne, dass man bei Punkt zwei die zwei Jahre herausstreicht. Dies heißt, nicht zu verlängern. Den Punkt fünf würde er streichen lassen. Die AfD-Fraktion würde dem dann zustimmen, wenn es denn mehrheitsfähig wäre.

Herr Turré sagt, dass er glaubt, dass dies nicht mehrheitsfähig wäre, da es der Ursprungsantrag der Verwaltung wäre.

Herr Haring sagt, dass der Stadtrat das Ziel hatte mehr Einfluss zu haben. Die Verwaltung hat aufgezeigt, dass man bei der Rekommunalisierung nichts einsparen wird. Man könnte die Verträge auch nur um x Jahre verlängern. Falls man merkt, dass eine Kita nicht ausgelastet ist, dann wird dieser Vertrag eben nicht verlängert. Auf die Kosten hat man derzeit auch keinen Einfluss. Man meckert immer über die Betriebskosten der freien Träger, wenn man sich aber im Zuge der Haushaltsdebatte die Betriebskosten der kommunalen Gebäude anschaut, sind es die gleichen Preisanstiege.

Herr Kreisel sagt, dass er nicht so genau wusste, wie er sich in dem Thema am heutigen Abend entscheiden musste. Man hat dasselbe Ziel. Er hat wenig Vorstellung darüber, wenn man nur die Horte nimmt. Er ist ein wenig überfordert bei der Entscheidungsfindung. Die Rekommunalisierung sollte das Ziel sein. Man sollte bei der Entscheidungsfindung nicht zu lange schauen.

Herr Gatzlaff sagt, dass man nachschaut ob man eine frühere Kündigungsfrist hat.

Herr Geyer sagt, dass er den Änderungsantrag der Fraktion SPD / Bündnis Die Grüne nicht so verkehrt findet. Da wurde gesagt, dass die Stadt die Rekommunalisierung möchte und sie bitte prüfen sollte, in welchem Umfang sie fähig ist, diese zu leisten. Er kann so wie es jetzt im Beiblatt I steht, nicht zustimmen.

Herr Turré sagt, dass der Prüfauftrag, was man sich zu traut, von der Verwaltung beantwortet wurde. Die Verwaltung traut sich fünf Horte zu. Der Stellenplan sollte sich den neuen Aufgaben anpassen.

Frau Krause sagt, dass man sich jetzt in der dritten Lesung befindet. Man verunsichert die Eltern und die Erzieher. Man braucht jetzt klipp und klar eine Antwort. Sie möchte, dass man über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abstimmen lässt.

Herr Turré verliest den Änderungsantrag der AfD-Fraktion. In diesem steht:

Bei Punkt 2 sollen die Wörter „2 Jahre“ durch das Wort „nicht“ ersetzt werden und beantragt den Punkt 5 komplett zu streichen. Herr Turré stellt beide Änderungen von der AfD-Fraktion separat zur Abstimmung.

Herr Turré sagt, dass Herr Haring vor der Abstimmung noch etwas sagen möchte und erteilt ihm das Wort.

Herr Haring sagt, dass man bei der Rekommunalisierung nicht von null auf hundert gehen sollte. Dies macht keiner. Er rät allen davon ab, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion anzunehmen.

Herr Turré lässt nun separat über die beiden Änderungen der AfD-Fraktion abstimmen.

Änderung zu Punkt 2

Abstimmung

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	6
Stimmenenthaltung:	1

Dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zu Punkt 2 wurde mehrheitlich nicht zugestimmt.

Änderung zu Punkt 5

Abstimmung

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	2
Stimmenenthaltung:	2

Dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion den Punkt 5 zu streichen wurde mehrheitlich zugestimmt.

Herr Turré sagt, dass man einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion hatte. Dieser schlägt eine sprachliche Änderung vor. Er verliest den Änderungsantrag. In diesem steht folgendes:

Der Stadtrat spricht sich grundsätzlich für die Steigerung/Änderungen im Bereich der Transparenz von Kosten und Leistungen im Produkt Kindertageseinrichtungen aus, ein Instrument kann die Rekommunalisierung einzelner Einrichtungen sein. Davon ausgenommen sind Kindertageseinrichtungen freier Träger, bei denen der Stadt weder Grundstück noch Gebäude gehört. Ausgenommen sind auch Kindertageseinrichtungen freier Träger, die nur eine Einrichtung betreiben und die für die Stadtentwicklung bedeutsam sind, wie z.B. „Spatzennest“ und „Rappelschloss“.

Herr Turré lässt über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Abstimmung	
Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	6
Stimmenenthaltung:	2

Dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird mehrheitlich nicht zugestimmt.

Herr Müller-Bahr schlägt vor eine Arbeitsgruppe zu bilden. Dies soll aber von einem Mitglied des Rates beantragt werden. Er wird dies nicht tun.

Frau Krause fragt, bis wann man die Verträge kündigen kann.

Herr Gatzlaff sagt, dass die Verträge auslaufen.

Herr Turré begrüßt den Vorschlag des Oberbürgermeisters zur Bildung einer Arbeitsgruppe.

Herr Kreisel sagt, dass man der Arbeitsgruppe den Auftrag erteilen sollte, dass diese bis zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Ergebnis liefern sollte. Er schlägt den 31.03.2026 vor.

Herr Gatzlaff weist daraufhin, dass man sich in der Haushaltsberatung befindet.

Herr Kreisel stellt jetzt den Antrag eine Arbeitsgruppe zum Thema Rekommunalisierung zu bilden. Diese soll bis zum 31.03.2026 ein Ergebnis liefern.

Herr Turré nimmt dies auf. Er lässt über den Antrag von der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmung	
Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltung:	1

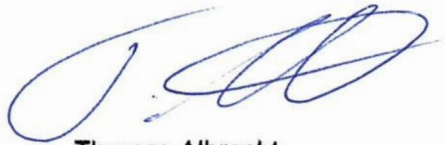
Dem Antrag der CDU-Fraktion, eine Arbeitsgruppe zum Thema „Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen“ zu gründen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 2.9 Schließung der Sitzung

Herr Turré schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:27 Uhr.



Marcus Turré
Ausschussvorsitzender



Thomas Albrecht
Protokollant